

Kein Stillstand für die Demokratiebildung in Hessen und anderswo: Ihre Notwendigkeit in der Kita, der außerschulischen Jugendbildung und der Schule ist aktueller denn je!

Stellungnahme des hessischen Bündnisses „Demokratiebildung nachhaltig gestalten“¹

Die Corona-Pandemie hat wichtige Fragen unseres Zusammenlebens in den Hintergrund gedrängt. Im Zusammenhang von Bildungsprozessen gehören zu den Themen, die manchen Beteiligten seit März 2020 nicht mehr so wichtig erscheinen, die Demokratie- und Menschenrechtsbildung, Politische Bildung und Soziales Lernen. Als hessenweites „Bündnis Demokratiebildung nachhaltig gestalten“ geben wir unserer festen Überzeugung Ausdruck, dass diese Themen in diesen Zeiten nicht zu kurz kommen dürfen. Die augenblickliche Situation sollte vielmehr den Bildungsinstitutionen den Impuls geben, diese Inhalte gerade jetzt in den Mittelpunkt zu stellen: Allein die Debatten um die Frage, ob die - unseres Erachtens zeitweilig notwendigen - demokratischen Einschränkungen im Angesicht der Ansteckungsgefahren legitim sind, zeigen, dass dies für die Schule sowie die im außerschulischen Kontext tätigen Organisationen eine Chance darstellt, Demokratiebildung im besten Sinne nahe zu kommen, denn eine solche Thematisierung wäre aktuell, kontrovers, für jeden naheliegend und mit tatsächlichen Konsequenzen für das Miteinander verbunden. Ebenso sind damit gekoppelte Fragen wie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß der Kinderrechtskonvention heute besonders beachtenswert, weil Beteiligung ein Schlüssel zur Bewältigung der Krise darstellt. Abseits dessen sind auch die rechtsextremen Morde in Halle, Hanau und Kassel eine dringliche Mahnung an das tätige Einüben von Solidarität in unserer pluralen Gesellschaft. Sie rufen uns in die Verantwortung, die Demokratie und die Werte des Grundgesetzes zu verteidigen. Alle Bildungsinstitutionen können hierzu ihren Beitrag liefern, wenn die Rahmenbedingungen für Demokratiebildung und politische Bildung stimmig sind.

¹ Das Bündnis wurde im November 2019 gegründet und umfasst mittlerweile über 40 hessische Organisationen. Es wurde gegründet, um der Demokratiebildung mehr Gewicht zu verleihen und ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und (Rechts-) Extremismus zu setzen. Das Bündnis bietet die Chance bestehende Ansätze zu vernetzen, Kooperationen einzugehen und Ansprechpartner gegenüber der Politik zu sein.

Zu all dem bedarf es einer Demokratiebildung, die bereits im Kindergarten beginnt und sich über Grund-, Mittel- und Oberstufe bis hin zur Erwachsenenbildung und ins hohe Alter hinein ohne Unterbrechung fortsetzt; einer Bildung, die verschiedene soziale Ausgangslagen berücksichtigt und Nachteile in diesem Feld auszugleichen versucht. Im Kontext der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung ist dabei die Entwicklung und Förderung einer kritischen Medienkompetenz besonders wichtig. Insbesondere deshalb, weil sich immer mehr auch die demokratiegefährdenden Tendenzen der neuen Medien abzeichnen. Eine Beschränkung auf eine rein technische Ausstattung insbesondere in der Schule greift aus diesen Gründen zu kurz.

Notwendig erscheint uns, dass die aktuellen Themen rund um das Demokratielernen wie Menschen- und Kinderrechtebildung, rassismus-, antisemitismus- und antiziganismuskritische Bildung, globales Lernen, historisch-politische Bildung sowie die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit und Teilhabe in ihrer Verschränktheit und ihrem Aufeinander-bezogen-Sein gesehen werden müssen.

Demokratie braucht Demokrat*innen. Insofern sind für die Demokratie- und Menschenrechtsbildung insbesondere die Personen gefragt, die sich von ihrer Profession oder ihrem ehrenamtlichen Engagement her mit Bildung und Politik beschäftigen; das schließt nicht nur diejenigen ein, die politische Jugend- und Erwachsenenbildung betreiben oder als Politiklehrkräfte tätig sind, sondern alle in der Bildung Tätigen. Das Bewusstsein dafür, dass es sich bei der Demokratiebildung um eine Querschnittsaufgabe handelt, sollte schon in der Ausbildung von Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und Lehrkräften ein Schwerpunkt sein.

Es gibt bereits die Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“, aber sie sind bisher nicht auf Dauer angelegt. Notwendig sind kontinuierliche Unterstützung und nachhaltige Strukturen auf sehr lange Sicht, d.h. jenseits von tagespolitischen Ereignissen und Konjunkturen.

Wir fordern daher vom Land Hessen **ein Infrastrukturprogramm für Demokratiebildung** aufzulegen. Im Einzelnen ist dabei Folgendes wichtig:

1. Das Wissen um und Projekte für Kinderrechte müssen in Bildungseinrichtungen gestärkt und auf lange Sicht angelegt werden. Das heißt, dass sie verpflichtender Bestandteil der Lehrpläne und der Ausbildung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften sein müssen. Regelmäßige Fortbildungen für diese sind bereit zu stellen. Insbesondere müssen bei der anstehenden Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetz (HLbG) Kinderrechte und Demokratiebildung ein verpflichtendes Prioritätsthema werden.
2. In Kitas, Schulen und außerschulischen pädagogischen Einrichtungen muss es mehr Raum für Demokratielernen und mehr Zeit für die Fachkräfte zum Austausch und zur Reflexion geben. D.h., dass es mehr und gut qualifiziertes Personal geben muss, das diese Reflexionsräume ermöglicht. So sollten feste Zeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kitas und außerschulischen pädagogischen Einrichtungen oder feste Stunden für Klassenräte in allen Jahrgangsstufen in den Schulen eingerichtet werden.
3. Um Demokratielernen in der Vielfaltsgesellschaft zu fördern, müssen die Schulen mehr Unterstützung bei der Öffnung in die regionale Bildungslandschaft erhalten, und multiprofessionelle Team-Strukturen in Schulen müssen gestärkt werden.
4. Pädagog*innen sowie Kinder und Jugendliche müssen für ein gleichberechtigtes und demokratisches Miteinander im kritischen Umgang mit Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus und anderen menschenfeindlichen Einstellungen geschult bzw. fortgebildet werden. Das Thema sollte beispielsweise in Projektwochen, aber auch in den Lehrplänen verstärkt behandelt werden.
5. Die Digitalisierung muss in Kitas, Schulen und außerschulischen pädagogischen Einrichtungen den Aspekt der Demokratiebildung und in diesem Sinne der kritischen Medienbildung bedenken und in Praxis umsetzen. Dies erfordert entsprechende Zeitfenster und eine feste Verankerung in Lehrplänen. Auch hier gilt, dass das Thema fester Bestandteil in der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften sein muss.
6. Globales Lernen und damit Bildung für nachhaltige Entwicklung muss im Unterricht eine größere Beachtung finden, sich in Umsetzungsverordnungen, Bildungsplänen und im HLbG wiederfinden und darf nicht gegen sog. Kernfächer ausgespielt werden. Hierzu ist es auch notwendig, die beiden halben Stellen der Landeskoordinator*innen

für Globales Lernen zu entfristen und damit dauerhaft den Schulen zur Verfügung zu stellen.

7. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Bildungsträger in einer Region bzw. ihre Vernetzung im Sinne von lokalen Bildungslandschaften muss gestärkt werden. In möglichst vielen Kommunen und Regionen sollten lokale Netzwerke für Demokratiebildung eingerichtet werden.
8. Es darf keine Kürzungen im Bereich der Politischen Bildung in Schule und im Bereich der außerschulischen Bildung geben – im Gegenteil ist eine Ausweitung und Mittelerhöhung notwendig.
9. Wir halten es für notwendig, dass in Hessen eine paritätisch aus Staat und Zivilgesellschaft besetzte Lenkungsgruppe eingerichtet wird, die zum Thema Kinderrechte/ /Demokratiebildung regelmäßig gehört wird. Das Bündnis „Demokratiebildung nachhaltig gestalten“ muss bei allen Entscheidungen (z.B. Gesetzentwürfen) einbezogen werden.

Unterzeichner*innen:

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen – Landesausländerbeirat

Arolsen Archive - International Center on Nazi Persecution

Bezirksjugendwerk der AWO Hessen-Süd e.V.

biku – Bildung und Kultur gGmbH

Bildungsstätte Anne-Frank, Frankfurt

Demokratieprojekt: FIT in der Diakonie Hessen. Für Integration & Teilhabe

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik – DeGeDe, Landesverband Hessen

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung – DVPB, Landesverband Hessen

DGB-Bildungswerk Hessen

Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Hessen

Digitale Helden gGmbH

elternbund hessen – ebh

Evangelische Akademie Frankfurt

Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.

GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen

INBAS

Karl-Kübel-Stiftung für Kind und Familie

Kinderrechte-Institut

KUBI – Verein für Kultur und Bildung e.V.

Kurdische Gemeinde Deutschland

Makista e.V. – Bildung für Kinderrechte und Demokratie

NaturFreunde Hessen

NaturFreundejugend Hessen

Sportjugend Hessen

Stiftung der Deutschen Lions / Lions-Quest

Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen

Werkstatt für Demokratieförderung e.V.

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Einzelpersonen:

Thomas Domnick, Geschäftsführer Theresien Kinder- und Jugendhilfezentrum und St.
Josephshaus e.V., Offenbach

Prof. Dr. Benno Hafener, Universität Marburg

Uwe Josuttis, Kassel

Stand 8.4.2021